

Politökonomische Betrachtungen

Von Rolf Uesslerer

Wie bedrohlich ist die Wirtschaftslage in Italien?

Kürzlich verkündete FIAT, einen Teil seiner Pkw-Produktion nach Serbien verlagern zu wollen. Tags darauf protestierten gleich reihenweise Minister der Berlusconi-Regierung gegen diese Entscheidung. Vor allem Politiker der populistisch-rassistischen Lega überboten sich in Beschimpfungen, Drohungen, Erpressungen in Richtung Turiner Konzernspitze. „Wer bei uns am Tisch mitisst, kann sich nicht einfach wie ein Dieb davonstehlen“, war noch einer der harmlosesten Kommentare. Nachdem das Ganze auch in den Medien hoch gekocht war, bestellte die Regierung einige Tage nach der FIAT-Ankündigung deren Firmenleitung zum Rapport in die Hauptstadt und forderte die Gewerkschaften auf, sich ebenfalls einzufinden.

Wäre ein solcher Vorgang nördlich der Alpen – in Schweden, England oder Holland - denkbar? Wohl kaum. In Italien wird dieses Vorgehen der Regierung von einigen mit Applaus, von anderen mit leiser Kritik begleitet. Aber die übergroße Mehrheit der Bevölkerung findet es ganz normal, weil es in Italien Tradition ist und eine lange Geschichte hat. Die „arrogante Einmischung“ des Staats in die Angelegenheiten der Wirtschaftssubjekte ist eine Besonderheit, die das politökonomische System Italiens von anderen – v. a. aus dem angelsächsischen Raum – unterscheidet.

Viele besorgte Fragen zu den Zuständen in diesem Land sind kaum beantwortbar, wenn man nicht auf die politökonomischen Hintergründe eingeht. Der wirtschaftspolitische Untergrunds – was seine Struktur und Funktion betrifft - erklärt zwar nicht alles, was sich derzeit politisch in Italien abspielt, aber vieles ist ohne ihn nicht erklärbar. Ohne ihn bleibt unverständlich, warum ein großer Teil der Italiener immer wieder Berlusconi wählt, und der „Berlusconismo“ auf absehbare Zeit wohl nicht durch eine „Volksbefragung“ oder ein Wählervotum gestürzt, sondern vorher an seinen inneren Unzulänglichkeiten scheitern wird.

Da die Leute in anderen EU-Staaten z. T. in gänzlich anderen politisch-ökonomischen Verhältnissen leben und Italien zunächst von ihrem Standpunkt aus beurteilen, sollen die Unterschiede und Besonderheiten Italiens dargestellt werden. In mehreren Beiträgen werden Status quo, Genese, Struktur, Funktion, Entwicklung etc. genauer betrachtet.

Vorweg noch eine Bemerkung. Die kapitalistischen Produktionsweisen, die in den verschiedenen Ländern – auch der EU - anzutreffen sind, unterscheiden sich nicht nur in Nuancen voneinander. Der angelsächsische Typus ist anders als der skandinavische. In Italien herrscht der Typus, den ich den „byzantinistischen“ oder „mediterranen“ nenne. Mit Varianten ist er bei fast allen Mittelmeerrainern anzutreffen - in seiner europäischen Form von Spanien über Griechenland bis in die Türkei; in seiner arabischen Form von Syrien über Tunesien bis nach Algerien (abgeschwächt auch in Südfrankreich). Eines seiner Hauptcharakteristika ist das nahezu uneingeschränkte Primat der politischen/staatlichen Macht über alle anderen gesellschaftlichen Bereiche.

Sehr vereinfacht kann man davon ausgehen, dass moderne kapitalistische Gesellschaften drei Sphären herausgebildet haben: Politik/Staat; Produktion/Wirtschaft; Zivil-/Kulturgesellschaft.

Diese sind interdependent, d. h. beeinflussen sich ständig gegenseitig und bilden ein wie auch immer geartetes dynamisches Gleichgewicht. Am stabilsten, d. h. anpassungsfähigsten gegenüber veränderten Bedingungen (und am „gerechtesten“) haben sich Gesellschaften erwiesen, in denen die Macht zwischen diesen drei Sphären ungefähr gleich verteilt ist. (Wie es z. B. in den skandinavischen Ländern und hier vor allem in Norwegen der Fall ist). Da es sich um ein dynamisches Gleichgewicht handelt, schließt dies nicht aus, dass für eine bestimmte Zeit mal die eine, mal die andere Sphäre ein Übergewicht hat. Beim mediterranen Typus handelt es sich aber nicht um eine vorübergehende Vormachtstellung der politischen Macht, sondern hier ist das Primat strukturell verfestigt; Wirtschaft und Zivilgesellschaft spielen nur eine nachgeordnete Rolle. Die politische Schicht als ganze – die Oppositionen eingeschlossen – ist zur „parasitären Oberschicht“ geworden. Zusammen mit den historischen Vorbedingungen führt dies in Italien zu Verwerfungen, Immobilismen, Verkrustungen und Instabilitäten. Wie sie sich im Alltäglichen zeigen und im Konkreten abspielen, soll im Folgenden nachgezeichnet werden.

Der italienische Bürger wird ärmer

Das letzte Wochenende im August bedeutet traditionell für die meisten Italiener das Ende der Ferien. Bisher stellte es – wie auch der Massenexodus zu Beginn des Urlaubs - immer ein Ereignis dar, das von den Medien groß begleitet wurde. Denn die Blechkarawanen, die sich wie ein unendlicher Lindwurm über die Autobahnen und Schnellstrassen wanden, oder die kilometerlangen Staus vor den Mautstationen, über denen unzählige Hubschrauber der Verkehrspolizei kreisten, stellten ein wahres Spektakulum dar. Aber seit letztem Jahr ist die Rückkehr den Medien nur noch eine kurze Meldung wert. Denn das gewohnte Schauspiel fiel einfach aus, weil immer weniger Italiener in den Urlaub fahren. Nur knapp die Hälfte hat diesmal die eigenen vier Wände während des Jahresurlaubs verlassen. Und unter denen, die es taten, konnten es sich die meisten nur noch leisten, sich für ein paar Tage bzw. eine Woche woanders einzuquartieren oder ein Ferienhaus zu mieten. Viele fahren zu Verwandten oder machten Tagesausflüge ans Meer. Da die Einkommen sinken, standen laut italienischem statistischen Bundesamt den Haushalten 2010 für ihre Ferien durchschnittlich nur noch 530 Euro zur Verfügung, 10 Prozent weniger als 2009.

Die Zurückgekommenen erwartete gleich eine neue Überraschung. Das „Osservatorio nazionale“ des Verbraucherverbandes Federconsumatori rechnet damit, dass die Lebenshaltungskosten pro Haushalt in den nächsten zwölf Monaten um 1118,- Euro steigen werden, also gegenüber dem Vorjahr um knapp zehn Prozent. Bei den Reallöhnen, die seit 1995 sinken, ist die Kaufkraft für den Zeitraum zwischen 2007 bis 2010 um 9,6 Prozent zurückgegangen. (Beim Bruttoinlandsprodukt steht Italien in der Welt immer noch an siebter Stelle, aber das Durchschnittseinkommen rangiert in der unteren Hälfte der EU). Jahrelang sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben trugen dazu bei, dass immer mehr Leute ihre Ersparnisse angreifen mussten. Inzwischen sind die Italiener, die jahrzehntelang Europameister im Sparen waren – mit einer der höchsten Sparquoten weltweit –, zu Schuldnern geworden. Um ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können, war jeder private Haushalt im letzten Jahr im Schnitt schon mit 16.000 Euro verschuldet. Dieser Betrag wird sich 2010 noch einmal um 900,- Euro erhöhen.

Vor allem das Wohnen reißt riesige Löcher in die private Haushaltsbilanz. Da es kaum Mietwohnungen gibt (nur 17,2 Prozent, und nur mit extrem hohen Quadratmeterpreisen), ist die Mehrheit darauf angewiesen, Wohnraum zu kaufen und mit Bankkrediten zu finanzieren. Der

italienische Immobilienmarkt gehorcht jedoch nicht Marktgesetzen – auch wenn das von offizieller Seite immer wieder behauptet wird – sondern politischen Kalkülen. Der Preis für einen umbauten Kubikmeter steht in keinem erkennbaren Verhältnis zum Wert des Wohnraums. Dies führte dazu, dass immer mehr Leute, die es sich noch leisten können (ein Großteil der oberen fünf Prozent gehört zu Berlusconi Klientel), lieber Wohnungen in Berlin, Paris, Barcelona oder Wien kaufen, als das Geld in Ferienwohnungen im eigenen Land anzulegen. Denn inzwischen kostet der Quadratmeter einer Komfortwohnung in der Berliner Innenstadt weniger als in den Vorstädten von Rom, vergleichbare Eigentumswohnungen kosten in Deutschland nur ein Drittel des italienischen Preises. Ein italienisches Ehepaar von Mitte dreißig, zwei kleine Kinder, beide (was in Italien ein Glück ist) fest berufstätig - er als Krankenhausarzt, sie als Bauingenieurin - können von ihren Gehältern gerade die Kosten (Kreditzinsen, Wohngeld etc.) für eine Zweieinhalb-Zimmerwohnung von knapp 60 Quadratmetern am Rand von Mailand oder Rom aufbringen. Aber auch das wäre nur mit einer Anfangsfinanzierung seitens der Eltern bzw. Schwiegereltern möglich.

Hinzu kommt, dass im letzten Jahrzehnt die Arbeitsplätze – selbst im Billiglohnssektor – ständig abgenommen haben. Zwar wird offiziell von Regierungsseite seit über einem Jahrzehnt die Arbeitslosenquote konstant mit etwa 9 Prozent (2009 etwas über 10 Prozent) angegeben. Doch dies ist der Tatsache geschuldet, dass nur kürzlich Entlassene in der Statistik geführt werden. Andere Arbeitssuchende melden sich sowieso nicht bei den Ämtern, da sie in Italien als Arbeitslose keine finanziellen Zuwendungen zu erwarten haben. (2010 hat deshalb die italienische Zentralbank den Regierungsangaben widersprochen, die reale Arbeitslosenquote liege um mindestens drei Prozent höher). Aussagekräftiger ist deshalb die Beschäftigtenquote, weil sie auch die aus dem Arbeitsmarkt Verdrängten berücksichtigt. Im Vergleich zu den anderen Kernländern der EU ist diese Quote mit weitem Abstand die niedrigste, in allen 27 EU-Staaten liegt sie im unteren Viertel. Auch die Schattenwirtschaft und die illegale Wirtschaft können die aus der legalen Wirtschaft Entlassenen nicht mehr absorbieren, da auch sie seit geraumer Zeit schrumpfen, was den Einsatz menschlicher Arbeitskraft betrifft.

Der kranke Staat im Belpaese

Betrachtet man statt der privaten Haushalte (siehe „Der italienische Bürger wird ärmer“) die öffentlichen Haushalte, so sieht das Bild nicht rosiger aus. Die Staatsverschuldung war schon in der alten EU die höchste und ist auch in der auf 27 Staaten erweiterten EU die höchste geblieben. Sie ist im letzten Jahrzehnt trotz aller akrobatischen Finanzkunststücke der zuständigen Minister stetig gestiegen. Gegenwärtig wird es mit knapp 117 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angegeben (ca. 1800 Milliarden in 2010) und wird im nächsten Jahr nach Schätzung der italienischen Zentralbank auf rund 120 Prozent ansteigen. Tatsächlich dürfte der Prozentsatz um einiges höher liegen. Da die offiziellen Stellen in Brüssel, der Internationale Währungsfonds und auch die Ratingagenturen an diese Zahl glauben wollen, wird daran auch nicht gerüttelt. (Zumal es auch für einen italienischen Parlamentarier im Finanzausschuss nahezu unmöglich ist, an genaues Zahlenmaterial heranzukommen. Aus politischen Gründen ist auch der Rechnungshof keine wirkliche Hilfe.)

Diese enormen Schulden verschlingen einen beständig steigenden Anteil der staatlichen Einnahmen (2010 war der Staatshaushalt mit rund 80 Milliarden Euro belastet, die als Zinsen auf die Schulden zu zahlen waren. Diese wurden weitgehend durch Neuverschuldung aufgebracht). Die enormen Zinszahlungen tragen nicht wenig zum guten Gesundheitszustand

des italienischen Bankgewerbes bei, das ansonsten zu den ineffizientesten in den Industrieländern gehört. Den größten Teil der Schulden finanziert der italienische Bürger über Staatspapiere, einen Teil der Schuldverschreibungen halten Banken, Versicherungen, Finanzierungsinstitute. Die Verschuldung des italienischen Staats gegenüber dem Ausland ist allerdings (im Vergleich zu Griechenland, Irland oder Spanien) relativ gering, was (neben anderen Faktoren) Italien bisher davor bewahrt hat, ins Visier der Finanzspekulanten zu geraten.

Aber nicht nur die Staatsverschuldung ist gestiegen. Da weniger produziert wird, die Arbeitslosigkeit steigt, das Prekariat enorm zugenommen hat und die Steuerhinterziehung weiterhin exorbitant hoch ist (das Censis schätzt die Summe für 2010 auf rund 100 Milliarden Euro), sind auch die staatlichen Einnahmen gefallen und somit das Haushaltsdefizit gestiegen. (2009 lag es bei 5,3 Prozent gegenüber einem Mittelwert von 3,5 Prozent in der Euro-Zone). Es würde noch höher ausfallen, hätte der italienische Staat nicht durch abnehmende Leistungen die Ausgaben verringert und den Bürger durch gesteigerte verdeckte Abgaben neben den Steuern zusätzlich zur Kasse gebeten.

Was die staatlichen Ausgaben in Prozent vom BIP für Familie und Mutterschutz anbetrifft, liegt Italien in der Euro-Zone inzwischen an letzter Stelle. Deutschland und Frankreich geben dafür doppelt soviel aus bzw. an eingenommenen Steuergeldern an die Familien zurück. Im Schnitt bittet der deutsche Staat seine Bürger pro Jahr und Kopf mit 6.900 Euro zur Kasse, der italienische mit 7.400 und der französische mit 7.430 Euro. In Form von sozialen Dienstleistungen gibt Frankreich davon 3.340 Euro, Deutschland 2.250 und Italien nur 664 Euro an seine Bürger zurück. Dazu kommt, dass der italienische Bürger, wenn er vom Staat öffentliche Dienstleistungen kauft oder kaufen muss, er dafür das Doppelte an Tarifen oder Gebühren zu zahlen hat wie in Frankreich oder Deutschland. Der italienische Staat verlangt also nicht nur mehr (und immer mehr) an finanziellen Aufwendungen von seinen Bürgern als anderswo in der EU, sondern gibt auch weniger (und immer weniger) an Leistungen zurück.

Ein beträchtlicher Teil der nicht zurückgegebenen Steuergelder versickert – insbesondere unter den Berlusconi-Regierungen – in den Taschen der „parasitären Politikerkaste“. Die unzähligen Skandale – wie kürzlich der um das Erdbebengebiet L’Aquila oder die Mülldeponien im Großraum Neapel – legen davon Zeugnis ab.

Italienische Unternehmen werden schwächer

Wirft man einen Blick auf den Bereich der Produktion von Gütern und Dienstleistungen (also auf den Bereich, der gemeinhin als „die Wirtschaft“ bezeichnet wird), so sind hier die Aussichten noch düsterer als bei den privaten und öffentlichen Haushalten. Ein paar Beispiele: Mit leichten Variationen geht die Produktion – inflationsbereinigt – seit einem Jahrzehnt langsam aber stetig zurück. Markanter ist der Rückgang mit fast drei Prozent in den letzten beiden Jahre ausgefallen. Dieser Rückgang ist nicht nur relativ, sondern inzwischen auch absolut. Das bedeutet, dass das Wachstum der italienischen Wirtschaft im Vergleich zu den anderen Industrienationen nicht nur immer langsamer wurde, sondern sogar schrumpfte, um auf niedrigerem Niveau zu stagnieren.

Als im September 2008 die „internationale Finanz- bzw. „Subprime“-Krise ausbrach, behauptete die Regierung Berlusconi, dass Italien davon nicht betroffen sei, da sich das Land und sein Finanzgewerbe „klüger verhalten hätten“ als anderswo. Heute verkündet B., dass die schlechten

Wirtschaftsdaten, die die statistischen Institute veröffentlichen, eine Folge der internationalen Wirtschaftskrise seien. Trotzdem lässt die Regierung über alle Medien verbreiten, dass Italien diese Krise (die es angeblich gar nicht gab) dank ihrer Arbeit besser gemeistert habe als die anderen Industrieländer.

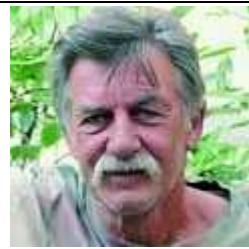
Während die deutsche „Wirtschaft“ wieder boomt und ihr ein Wachstum von rund 4% prognostiziert wird, traut man der italienischen Wirtschaft höchstens eine Verbesserung von 0,2% zu. Angesichts einer für 2010 geschätzten Inflationsrate von 1,2 bis 1,5 Prozent kann von einem realen Wachstum nicht die Rede sein. Der seit Jahren anhaltende Trend, dass die Inflationsrate über der Wachstumsrate liegt, betrifft ausnahmslos alle Bereiche – vom primären Sektor (Bergbau, Landwirtschaft) über die Industrie (Konsum- und Investitionsgüter) bis zum tertiären Sektor (Handel, Tourismus etc.). So ging FIATs Marktanteil in Italien (trotz Übernahme aller anderen italienischen Marken wie Alfa, Lancia, Ferrari etc.) in den letzten Jahrzehnten stetig zurück. Und lag er 2000 immerhin noch bei 36 Prozent, so fiel er 2010 zum ersten Mal unter 30 Prozent. Hinzu kommt, dass aufgrund gesunkener Einkommen auch die Autoerstützungen in den letzten Jahren - trotz staatlicher Vergünstigungen - zurückgegangen sind und 2010 sogar um 25,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr einbrachen.

Einer der wesentlichen Gründe für diese Stagnation ist die mangelnde Produktivität mehr oder weniger aller Wirtschaftssektoren. (Auf ihre Ursachen werden wir später eingehen). Gelang es der italienischen Wirtschaft noch, ihre Produktivität bis zum beginnenden Globalisierungsprozess Anfang der 90er Jahre im Schnitt um jährlich 1,2 Prozent zu steigern, so nimmt diese seitdem beständig ab. Ende der neunziger Jahre lag der Produktivitätsanstieg bei Null, ins neue Jahrtausend startete man mit einem Minus von 0,5 Prozent. Dieser Trend hielt in den vergangenen zehn Jahren nicht nur an, sondern er beschleunigte sich sogar. So ist für den Zeitraum 2007-2010 ein Rückgang der Produktivitätsrate von 2,7 Prozent zu verzeichnen. Was zur Folge hatte, dass bei gleich bleibenden Rahmenbedingungen italienische Produkte gegenüber ausländischen Waren nicht mehr konkurrenzfähig sind. (Beispielsweise im Agrarsektor: Chinesische Tomaten kosten in einem Supermarkt in Rom weniger als die Hälfte, ägyptische Stangenbohnen ungefähr die Hälfte und argentinischer Knoblauch zwei Drittel der vergleichbaren heimischen Produkte. Importe aus der EU – wie Milch aus Deutschland, Joghurt aus Griechenland, Olivenöl aus Spanien – sind im Schnitt preislich immer günstiger als einheimische Waren).

Die mangelnde Konkurrenzfähigkeit spiegelt sich zum Teil deutlich in der Handelsbilanz wieder. Von einigen Ausnahmen abgesehen schließt sie in den letzten zehn Jahren im Defizit. So importierte Italien 2008 für rund 13 Milliarden Euro mehr Waren als es exportierte; 2009 betrug das Defizit 4,1 Milliarden. Dieser relative Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Italiener sich weniger ausländische Produkte leisten konnten und die Importe um 23 Prozent abnahmen. Die Gesamtexporte sanken 2009 noch einmal um 21,4 Prozent. Zwar schlagen Energie/Rohstoffe (Erdöl, Erdgas) bei den Importen deutlich zu Buche, aber Italien führt auch immer mehr Produkte ein, die es früher exportierte, wie Metallerzeugnisse, chemische Produkte, Geräte aus den Bereichen Elektronik/Optik, Nahrungsmittel oder Textilien. An der Spitze der Lieferländer liegt Deutschland, gefolgt von Frankreich, den Niederlanden, Spanien und Belgien.

Unterdurchschnittliche Produktivität und mangelnde Konkurrenzfähigkeit haben inzwischen auch beim Unternehmerverband „Confindustria“ die Alarmglocken läuten lassen. Mit Recht klagt

er deshalb den italienischen Staat und die Berlusconi-Regierung an. Doch ohne dass sich auch in den Unternehmen selbst etwas ändert, wird der Abwärtstrend auch 2011 anhalten.



ROLF UESSELER lebt und arbeitet seit 1979 als freier Publizist und Wissenschaftler in Rom. Arbeitsschwerpunkte: illegale Trends in der Weltwirtschaft, organisierte Kriminalität und Schattenökonomie, Privatisierung und Entdemokratisierung. Zahlreiche Buchveröffentlichungen und Aufsätze zu diesen Themen in deutscher und italienischer Sprache. Viele Jahre aktiv in der italienischen Anti-Mafia-Bewegung.